



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	03.11.2010	1678/10
Absender		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	16.11.2010	
Betreff		
Kürzungspläne bei den Eingliederungsh – Auswirkungen auf Braunschweig	ilten für Langzeitarbeitslos	se

Zur nächsten Ratssitzung am 16. November 2010 beantragen wir hiermit die **Einrichtung eines Tageordnungspunktes** "Kürzungspläne bei den Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose – Auswirkungen auf Braunschweig".

## Begründung:

Aufgrund der Kürzungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung im Bereich der Beschäftigungsförderung droht auch in Braunschweig ein massiver Abbau bei den Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose. Gefährdet sind sowohl zahlreiche Maßnahmen Freier Träger wie Diakonie, AWO und DRK (Aktion Brückenbau, Möbelkontor, Radstation etc.) als auch eigene Projekte der Stadt Braunschweig (Gärtnerei Riddagshausen, Service Agentur/ Kleidershop, Ringgleis-Ausbau usw.). Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 2. November 2010 intensiv mit dieser Problematik auseinandergesetzt und auf Antrag der SPD mehrheitlich (mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN) folgenden Beschluss gefasst: "Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird aufgefordert, über den Deutschen Städtetag die durch den Bundestag geplanten Kürzungen hinsichtlich der Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose zu verhindern. Die ausschließlich auf den ersten Arbeitsmarkt beschränkte Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen soll vermieden werden." Mit unserem Antrag zur Tagesordnung wollen wir sicherstellen, dass dieses wichtige Thema nicht nur im zuständigen Fachausschuss, sondern auch im Rat behandelt wird – nicht zuletzt deshalb, damit der Rat die Gelegenheit erhält, sich mit der Resolution des Sozialausschusses zu befassen und diese mit einem eigenen Votum zu versehen.

Gez. Holger Herlitschke (Fraktionsvorsitzender)